

Leben ohne Russland – Deutschlands globales Energie-Dilemma

Stand: 09:55 Uhr | Lesedauer: 9 Minuten

Von **Christine Kensche, Christian Putsch, Daniel Friedrich Sturm**, Maximilian Kalkhof, Tobias Käufer



Quelle: Getty Images/Mark Joseph; Montage: Infografik WELT

Deutschland hat sich von Russland abhängig gemacht – und muss schnell umsteuern. Die Bundesregierung sucht fieberhaft nach alternativen Lieferanten für Öl und Gas. Aber ein genauer Blick auf den Globus zeigt: teils ist es unmöglich, teils hat es einen hohen Preis.

Es war ein Eingeständnis des Scheiterns. „Wir haben uns da ganz schön in die Ecke manövriert“, sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Soll heißen: Deutschland muss Russlands Öl, Gas und Kohle kaufen – und finanziert damit Wladimir Putins Krieg. Aber nun gehe es um Versorgungssicherheit. „Da muss der Pragmatismus jede politische Festlegung schlagen.“

Aber mit dem Pragmatismus ist das so eine Sache. Deutschland bleibt zwar nichts anderes übrig, als so schnell wie möglich alternative Energielieferanten zu finden. Das weltweite Angebot scheint vielfältig zu sein. Aber nur auf den ersten Blick.

>>> Lesen Sie hier alle Entwicklungen zum Krieg in der Ukraine im Liveticker >>>

[\(/politik/article237460153/Ukraine-News-im-Liveticker-EU-macht-Ukraine-keine-Hoffnung-](/politik/article237460153/Ukraine-News-im-Liveticker-EU-macht-Ukraine-keine-Hoffnung-)

[auf-schnelle-Aufnahme.html](#))

Saudi-Arabien und Emirate

Die westlichen Anrainer-Staaten des Persischen Golfs sind die wichtigsten Öllieferanten der Welt. Im Jahr 2020 exportierte Saudi-Arabien allein 334,5 Millionen Tonnen – Russland folgte auf Platz zwei mit 232,4 Tonnen. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate könnten vergleichsweise schnell ihre Öl-Produktion steigern und damit helfen, die explodierenden Energiepreise zu senken. Doch sie gehören der Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec). Die Organisation arbeitet seit 2016 auch mit Nicht-Opec-Ländern, darunter Russland, in der sogenannten Opec plus zusammen. Russland hat derzeit den Co-Vorsitz der Opec plus inne. Das Kartell weigert sich bisher, von seinem Anfang des Jahres vereinbarten Förderplan abzuweichen.

Die USA versuchen auf die Golfmonarchien einzuwirken. Nun zeigen sich allerdings die Konsequenzen des amerikanischen Rückzugs aus dem Nahen Osten – und Joe Bidens kühles Verhältnis zu Saudi-Arabien. Die Golfstaaten nehmen die USA als wankelmütigen Partner wahr. Und von Europa bekamen die Länder bislang nur zu hören, dass wegen des Klimaschutzes weniger in die Öl- und Gasindustrie investiert werden soll. Plötzlich ist man wieder wichtig. Aber für wie lange?

Aus den Emiraten gibt es positive Signale: Man wolle sich in der Opec für die Erhöhung der Öl-Produktion einsetzen, sagt ihr Botschafter in den USA. Doch die Königshäuser werden einen Bruch mit Russland wohl nur für politische Konzessionen riskieren. In Saudi-Arabien entscheidet Kronprinz Mohammed Bin Salman, der in den USA wegen der Ermordung des „Washington Post“-Journalisten Jamal Khashoggi ([/debatte/kommentare/plus211588685/Saudi-Arabien-Jamal-Khashoggi-war-fuer-mich-kein-Held.html](#)) angeklagt ist.

Riad wird wahrscheinlich Immunität für den Prinzen und gemeinsam mit den Emiraten politischen Rückhalt für ihre brutale Intervention im jemenitischen Bürgerkrieg fordern. Beide Regierungen sind auch besorgt über die Wiederbelebung des Atomabkommens mit ihrem regionalen Feind Iran, welches ihre Sicherheitsinteressen nicht genug berücksichtigt.

Für den Westen bedeutet das: Macht man sich von Russland unabhängig, begibt man sich in die Arme der nächsten Diktaturen. Und die USA müssten sich wieder stärker für die Sicherheit der Golfstaaten engagieren – was einer politischen Kursumkehr gleichkäme.

Katar

Katar ist der weltweit größte Exporteur von Flüssiggas (LNG) und sitzt nach Russland auf den größten Erdgasreserven, die vor seiner Küste lagern. Kein Wunder also, dass die Europäer das Emirat als potenzielle Alternative für Russland umwerben. Am Wochenende flog Italiens Außenminister Luigi Di Maio nach Doha, um größere Liefermengen für sein Land zu vereinbaren, das neben Deutschland der zweite große europäische Industriestaat ist, der stark auf Russland gesetzt hatte.

Bislang liefert Katar rund fünf Prozent der europäischen Gasimporte (</politik/ausland/plus215039864/Erdgas-Pipelines-Das-Great-Game-hat-erst-begonnen.html>). 40 Prozent bezieht die EU aus Russland. Doch das Emirat exportiert bereits mit beinahe voller Kraft und hat seine Lieferungen anderen, hauptsächlich asiatischen Abnehmern, versprochen. Rund 70 Prozent des weltweit gehandelten LNG wird über Verträge mit einer Laufzeit von zehn Jahren oder mehr exportiert.

Europa, das langfristige Verträge vor allem mit Russland geschlossen hatte, schloss bislang eher kurz laufende Kontrakte mit Katar. Dadurch konnte die EU von niedrigen Preisen profitieren, als die Vorräte reichlich vorhanden waren, und musste sich nicht für Jahrzehnte an die Nutzung fossiler Brennstoffe binden. Aber so hat man sich dem Markt ausgeliefert, was sich nun rächt.

Es dauert lange, Verflüssigungs- und Exportkapazitäten auszubauen. Die EU muss kurzfristig also darauf hoffen, Lieferungen zu bekommen, die für andere Länder gedacht waren. Katar wäre bereit, unter Vermittlung der USA einige Mengen aus Asien umzuleiten. Für größere Lieferungen, so der Energieminister, benötige das Emirat erst „bedeutende Investitionen in die Infrastruktur“ und dazu müsse es „langfristige Verträge mit den Europäern abschließen“. Europa müsste also wiederum an eine Autokratie binden, denn auch Katar steht wegen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik.

Iran und Irak

Noch vor wenigen Tagen schienen die Verhandlungen über eine Neuauflage des Atomabkommens von 2015 (</politik/ausland/article237021073/Atomabkommen-von-2015-Macron-draengt-Iran-im-Atomstreit-zu-Verhandlungsloesung.html>) mit dem Iran kurz vor dem Abschluss zu stehen. Teheran soll sein Atomprogramm bremsen, die USA dafür Sanktionen – insbesondere gegen Ölexporte – aufheben. Das würde bedeuten, dass der Iran sofort mehrere Hunderttausend Tonnen Öl verschiffen könnte.

Innerhalb von Monaten könnte das klerikale Regime seine Produktion um schätzungsweise eine bis anderthalb Millionen Tonnen pro Tag erhöhen. Das kann Russlands Lieferkapazitäten (rund sieben Millionen Tonnen pro Tag) nicht ersetzen, wäre aber ein Anfang.

Allerdings: Russland sitzt mit am Verhandlungstisch in den Wiener Gesprächen (</politik/ausland/plus236825421/Iran-Die-Gespraechе-sollen-Frieden-bringen-aber-der-Name-der-Rakete-sagt-etwas-anderes.html>) und blockiert den Fortschritt, seit es sich Sanktionen ausgesetzt sieht. Und auch für eine Partnerschaft mit dem Iran gilt: Der Westen würde sich vom Regen in die Traufe begeben und sich abermals von einer Diktatur abhängig machen.

Die Öl-Produktionskapazitäten des Irak (</politik/ausland/article182691276/Irak-Im-naechsten-Sommer-wird-es-eine-weitaus-groessere-Katastrophe-geben.html>) befinden sich indes bereits am Limit. Zwar verfügt das Land, primär die autonome Kurdenregion, über enorme Öl- und Gasvorkommen. Allerdings stellte der Thinktank European Council on Foreign Relations schon vor einigen Jahren in einer Analyse für potenzielle Energiealternativen fest: „Die prekäre politische Lage im Land ist ein großes Hindernis für umfangreiche Investitionen in die Entwicklung der Produktions- und Exportkapazitäten, die erforderlich wären, um die Energie nach Europa zu bringen.“

USA und Kanada

Ein Wald aus Kiefern und Zedern, eine gute Autostunde südlich von Washington: Hier, an der Chesapeake Bay, im Bundesstaat Maryland befindet sich das LNG (</regionales/hamburg/article236611259/Erdgas-Krise-Warum-es-bis-heute-keinen-deutschen-LNG-Terminal-gibt.html>)-Terminal Cove Point. Von hier aus verschiffen die USA Flüssiggas in die ganze Welt, jüngst verstärkt nach Europa.

Geht es nach der Regierung Biden, versorgen Unternehmen seines Landes künftig auch Deutschland mit amerikanischem Flüssiggas. Das Problem: Deutschland hat kein LNG-Terminal. Die Ampel-Koalition treibt nun den Bau einer solchen Anlandestation in [Brunsbüttel \(/regionales/hamburg/article236871929/Fluessiggas-Terminal-Brunsbuettel-weiter-in-die-Ferne-gerueckt.html\)](/regionales/hamburg/article236871929/Fluessiggas-Terminal-Brunsbuettel-weiter-in-die-Ferne-gerueckt.html) voran. In ein paar Jahren könnten dort dann Tanker anlanden, die in Cove Point gestartet sind.

Die USA haben parteiübergreifend seit Jahren Deutschland vor einer zunehmenden Abhängigkeit von russischer Energie gewarnt. Sowohl Donald Trump als auch Joe Biden lehnten die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 ab. Umweltschützer in Deutschland kritisieren amerikanisches Gas, weil es mit der klimaschädlichen Fracking-Technologie gewonnen wird.

Präsident Biden verordnete am Dienstag einen sofortigen [Importstopp russischer Energie in die USA \(/politik/ausland/article237398841/USA-Einfuhr-von-russischem-Oel-soll-verboten-werden.html\)](/politik/ausland/article237398841/USA-Einfuhr-von-russischem-Oel-soll-verboten-werden.html) – und will den Europäern helfen, sich von Putins Energielieferungen zu emanzipieren. Schon im Januar versuchte Washington zwischen dem Gas-Exporteur Katar und Europa Lieferungen zu vereinbaren – schon damals mit Blick auf das Szenario einer russischen Invasion in der Ukraine.

Angesichts der neuen weltpolitischen Lage könnte auch das energiereiche Kanada den Bau von LNG-Terminals vorantreiben. Bisher hat das zweitgrößte Land der Erde keinen LNG-Terminal. In Bau befindet sich ein Exportterminal – freilich weit weg von Europa, nämlich in British Columbia, nahe der Pazifikküste.

Lateinamerika

Grundsätzlich wäre Lateinamerika dazu in der Lage, zumindest Teile der Energieversorgung Deutschlands zu übernehmen, sollte sich Russland für einen Lieferstopp oder die EU für einen Importstopp von russischem Gas und Öl entscheiden. Insbesondere Venezuela, das ölreichste Land der Welt, könnte theoretisch einspringen.

Doch das Regime des sozialistischen Autokraten [Nicolas Maduro \(/politik/ausland/article204717808/Venezuela-Mit-diesen-Methoden-haelt-sich-Maduro-an-der-Macht.html\)](/politik/ausland/article204717808/Venezuela-Mit-diesen-Methoden-haelt-sich-Maduro-an-der-Macht.html) steht wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen eigentlich auf der Sanktionsliste des Westens. Hinzu kommt: Die Öl- und Gasindustrie liegt am Boden,

nachdem in den letzten zwei Jahrzehnten Fachpersonal entweder wegen der katastrophalen Sicherheitslage das Land verlassen hat oder durch linientreues, aber fachfremdes Parteipersonal ersetzt wurde.

Die Förderanlagen sind in einem technisch miserablen Zustand und es kommt immer wieder zu Umweltunfällen. Kurzum: Ein Einspringen wäre nur mittelfristig denkbar, zumal das venezolanische Öl wegen einer physikalischen Beschaffenheit auch nur in wenigen Raffinerien weltweit verarbeitet werden kann.

Politisch schwer zu vertreten wäre auch eine Steigerung von Öl und Gasimporten aus Brasilien, dessen rechtsnationalistischer Präsident Jair Bolsonaro (</politik/ausland/plus234529300/Brasilien-Kommission-macht-Bolsonaro-fuer-Hunderttausende-Corona-Tote-verantwortlich.html>) wegen seiner rücksichtslosen Umweltpolitik im Amazonas im Westen ins Abseits geraten ist. Umweltorganisationen und die Opposition werfen Bolsonaro derzeit vor, den Ukraine-Konflikt zu nutzen, um neue Bergbau- und Explorationsprojekte in indigenen Territorien durchzusetzen.

Afrika

Schon Mitte Februar, also wenige Tage vor Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, brachte sich Afrika als zunehmend relevanter Gas-Lieferant für Europa ins Gespräch. Energiepolitik stand weit oben auf der Tagesordnung des EU-Afrika-Gipfels, man versprach sich eine „Partnerschaft auf Augenhöhe“.

EU-Chefdiplomat Josep Borrell berichtete über Verhandlungen mit Gas-produzierenden Ländern, darunter Algerien, das bereits acht Prozent des europäischen Energiebedarfs abdeckt. Das nordafrikanische Land, das über Pipelines nach Spanien und Italien und ein großes LNG-Terminal verfügt, hat seine Bereitschaft bekundet, seine Erdgas- und LNG (</politik/ausland/article232902687/Energiewende-Litauens-Erfolg-kann-fuer-Deutschland-eine-Lehre-sein.html>)-Exporte zu steigern.

Experten bezweifeln jedoch, dass das Land kurzfristig wesentlich größere Mengen aufbringen könnte, da dazu mehr Investitionen nötig sind und der steigende Inlandsverbrauch und die politische Instabilität die Exportkapazitäten dämpfen. Kurzfristig könnte auch verflüssigtes

Gas aus [Nigeria \(/politik/ausland/plus218496084/Afrika-Das-Auftauchen-eines-Videos-stuerzt-Nigeria-ins-Chaos.html\)](https://www.welt.de/politik/ausland/plus218496084/Afrika-Das-Auftauchen-eines-Videos-stuerzt-Nigeria-ins-Chaos.html) und Angola nach Europa verschifft werden.

Langfristig wäre für den enormen Bedarf aber wohl eine Pipeline durch heikles Gelände nötig. Sie würde Nigeria, das über die neuntgrößten Reserven weltweit verfügt, mit Algerien verbinden. Von dort aus würde das Gas über die bereits weitgehend vorhandene Infrastruktur nach Europa geleitet. Nigeria würde so seine Position als größte Volkswirtschaft des Kontinents stärken, Afrikas einwohnerstärkste Nation braucht die Devisen dringend.

Das Problem: Die Pipeline würde durch den Norden des Landes und den Niger führen, also von Terroristen destabilisierte Gegenden. Und die Beziehungen zwischen Niger und Algerien sind seit Jahren angespannt. Zudem zählt Nigeria laut Einschätzung der Denkfabrik Transparency International zu den 30 korruptesten Nationen der Welt. Gut möglich, dass deshalb die Förderung von Gas vor den Küsten Namibias, Ghanas, Senegals und Tansanias vorangetrieben wird.

Südostasien und Ozeanien

2020 entfielen auf Asien rund acht Prozent der weltweiten Ölproduktion. In absoluten Zahlen heißt das: Die asiatische Öl-Produktion betrug 7,4 Millionen Barrel pro Tag. Zu den größten Produzenten gehören China, Indien und Indonesien. Allerdings verbrauchte Asien im selben Jahr etwa 38 Prozent des weltweiten Erdöls.

Die Nachfrage der Region nach Öl ist gewaltig – was vorwiegend an China liegt. Auf das Land entfällt mehr als die Hälfte der asiatischen Gesamtproduktion. Allerdings muss China zusätzliches Öl importieren, um seine Binnennachfrage zu decken. Der chinesische Markt ist in der Hand von großen Staatsunternehmen wie Sinopec und PetroChina.

Angesichts dieser Zahlen ist es unwahrscheinlich, dass Asien als Ersatzlieferant für Russland infrage kommt – schließlich deckt die Region mit ihrer Produktion nicht einmal ihren eigenen Bedarf.

Zwar gibt es in Asien zahlreiche regionale Konflikte, die theoretisch Anlass für neue Lieferwege sein könnten. Aber schlussendlich gilt: In Asien treiben so gut wie alle Länder

Handel miteinander. Und China ([/politik/ausland/plus236597435/China-und-der-Plan-des-Xi-Jinping-Auf-zwei-Buerger-kommt-eine-Kamera.html](https://politik/ausland/plus236597435/China-und-der-Plan-des-Xi-Jinping-Auf-zwei-Buerger-kommt-eine-Kamera.html)) ist für die meisten Länder der wichtigste Handelspartner. Das macht es kurzfristig unwahrscheinlich, dass sich die Region fundamental neu verdrahtet.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/237445079>